

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/21

2. Februar 1976

Dank an einen Sozialdemokraten

Zum 50. Geburtstag von Dr. Hans-Jochen Vogel

Von Dr. Helmut Rothemund MdL
Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Seite 1 / 42 Zeilen

Gold ist eine Ware wie jede andere

Klarstellungen zum Thema Goldmünzen-Verkauf

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesminister der Finanzen

Seite 2 und 3 / 68 Zeilen

Den Lebenswert der Städte erhalten

Forschungsprogramm "Kommunale Technologien" - ein
Angebot an die Gemeinden

Von Dr. Volker Hauff MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Forschung und Technologie

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Die ideologische Vorhut der Union

Dragger fordert eine "Bewegung" für das Deutschland,
das er meint

Seite 6 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Ehard Schart

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 100 498
Postfach 1, Zimmer 217-694
Telefon: 32 23 37 - 30
Telefax: 32 23 38 - 40 ppba d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 378611

2. Februar 1976

Dank an einen Sozialdemokraten

Zum 50. Geburtstag von Dr. Hans-Jochen Vogel

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel, begeht am 3. Februar seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlaß sei die nüchterne Feststellung erlaubt, dass er bereits jetzt, also schon in verhältnismäßig jungen Jahren, zu den bedeutendsten und angesehensten politischen Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zu zählen ist.

Vogel trat im November 1950 als 24jähriger der sozialdemokratischen Partei bei. Für einen jungen Referendar, der dazu mit einer hoffnungsvollen Berufslaufbahn rechnen konnte, war dies damals in Bayern immer noch ein ungewöhnlicher Schritt. Vogel diente der Partei "von der Pike" an. In diesen Jahren der Kleinarbeit hat er, wie er wiederholt bekundet, viel gelernt. Seine beruflichen Erfahrungen erwarb er als Beamter im bayerischen Justizministerium, als Richter am Amtsgericht Traunstein und in der bayerischen Staatskanzlei, in die ihn Prof. Dr. Wilhelm Hoegner als sozialdemokratischer Ministerpräsident in der Zeit der "Viererkoalition" holte.

Im Jahre 1958 wechselte Dr. Vogel in die Kommunalpolitik. Damals wählte ihn der Stadtrat in München zum Rechtsreferenten. Bald darauf wurde er als Nachfolger von Oberbürgermeister Thomas Wimmer in Aussicht genommen. Obwohl er nahezu unbekannt war, gelang es ihm, einen politisch so routinierten Gegenkandidaten wie Dr. Josef Müller, den Mitbegründer der bayerischen CSU, zu schlagen. Mit dem unerwartet hohen Ergebnis von 64,3 % siegte Vogel. Die zweitgrößte Stadt der Bundesrepublik hatte den jüngsten Oberbürgermeister. Sechs Jahre später wurde er mit einer Mehrheit von 78 % wieder gewählt; damals war Vogel gerade 40 Jahre alt. Er gehörte zu den populärsten Oberbürgermeistern der Bundesrepublik. Im Verlauf seines zwölfjährigen Wirkens als Münchner Oberbürgermeister gab es zahlreiche Höhepunkte: neue Stadtviertel entstanden, das Strassennetz wurde großzügig ausgebaut, die Stadt erschloß in Zusammenarbeit mit zahlreichen Gemeinden und Landkreisen der Region vorbildliche Erholungsflächen, sie bewarb sich erfolgreich um die Olympischen Spiele, sie schuf in Zusammenarbeit mit Bund und Land ein modernes Nahverkehrssystem und sie gestaltete eine weltweit bestaunte Fußgängerzone. Vogel und seine Mitarbeiter erfüllten den Begriff "Lebensqualität" mit wirklichem Leben.

Nachdem Dr. Vogel am 30. Juni 1972 das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt München seinem Nachfolger übergeben hatte, wurde er nach der Bundestagswahl im November 1972 von dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt als Städtebauminister in das Bundeskabinett berufen; seit der Regierungsumbildung im Jahre 1974 bekleidet Dr. Vogel das Amt des Bundesjustizministers.

Die SPD dankt Hans-Jochen Vogel anlässlich seines 50. Geburtstages für seine außerordentlichen Leistungen; sie ist stolz darauf, ihn in ihren Reihen zu haben.
(-/2.1.1976/ve/e/pr)

Gold ist eine Ware wie jede andere

Klarstellungen zum Thema Goldmünzen-Verkauf

Von Dr. Hans Apel MdB

Bundesminister der Finanzen

Die Entscheidung des Bundesfinanzministers, die bisherige Freisetzung von Goldmünzen von der Umsatzsteuer zu überprüfen, stößt auch auf Kritik. So wird behauptet, daß damit das bisherige Prinzip der Steuerbefreiung des Umsatzes von Zahlungsmitteln durchbrochen werde. Damit ergäbe sich zugleich für die Verkäufer ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den umsatzsteuerlichen Regelungen in anderen Ländern. Im Übrigen würde die Wertanlage in solchen Münzen ungerechtfertigterweise bestraft. Dies träfe insbesondere den kleinen Sparrer, der einen Teil seiner Ersparnisse in Gold anzulegen wünsche.

Wie sind diese Vorwürfe zu beurteilen? Zunächst zur Lage. Auch bisher schon sind die Käufe von ungeprägtem Gold, d.h. in der Form von Goldbarren, mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belastet. Für Goldmünzen, die als Sammlerstücke gehandelt werden, gilt demgegenüber der ermäßigte Steuersatz von 5,5 vH. Hierbei handelt es sich um solche Münzen, deren Verkaufspreis (ohne Umsatzsteuer) mehr als 250 vH ihres Metallwertes beträgt. Diese Vorschriften sollen auch in Zukunft nicht geändert werden.

Es geht also allein um die steuerliche Behandlung von Goldmünzen, die in der Form von gesetzlichen Zahlungsmitteln ausgeprägt werden. Die Entscheidung darüber, solche Münzen zu gesetzlichen Zahlungsmitteln zu erklären, liegt dabei allein bei der diese Münzen ausgebenden Stelle. Dabei ist allerdings nicht zu verkennen, daß derartige Entscheidungen auch getroffen werden, um im Ausland den steuerfreien Absatz dieser Münzen sicherzustellen; während die Bürger im eigenen Land diese Münzen überhaupt nicht zu Gesicht bekommen.

In keinem Land der Welt befinden sich noch heute Goldmünzen als gesetzliche Zahlungsmittel im Umlauf. Selbst wenn solche Münzen existieren, so verschwinden sie doch schnell in den Sparstrümpfen von Anlegern, die sich von diesen Goldmünzen für die Zukunft eine Wertsteigerung erhoffen. Damit ist die Goldmünze heute de facto zu einer Ware wie jede andere geworden. Dies steht im Übrigen in Übereinstimmung mit dem Beschluß der 126 im Internationalen Währungsfonds zusammengeschlossenen Länder, das Gold aus seiner monetären Rolle im Währungssystem zu verdrängen und es künftig nur noch als Ware zu behandeln. Damit besteht aber auch kein An-

laß mehr, Gold - und das gilt eben auch für Goldmünzen - steuerlich anders zu behandeln als jede beliebige andere Ware. Es wäre absurd, Gold von der Umsatzsteuer freizustellen, wenn der Bürger gleichzeitig für lebensnotwendige Produkte wie Brötchen, Milch und Eier Umsatzsteuer zahlen muß.

Wie ist nun der Vorwurf zu beurteilen, der kleine Sparer würde durch eine solche Entscheidung bestraft? Ganz abgesehen davon, daß auch weiterhin Sammlerstücke zum ermäßigten Steuersatz bezogen werden können, ist dieser Vorwurf nicht haltbar. Wie die Schwankungen des Goldpreises in den letzten Jahren zeigen, ist Gold vor allem ein Spekulationsobjekt. Zusätzlich zu bedenken ist, daß die Goldanlage keine Zinserträge bringt. Eine mögliche Wertsteigerung der Goldanlage ist deshalb allein von der alles andere als sicheren Erhöhung des Goldpreises abhängig. Diese Tatsache macht Gold deshalb als Anlageobjekt für den kleinen Sparer mehr als fragwürdig. Gerade der kleine Sparer ist an einer substanzsicheren Vermögensanlage, die zusätzlich Zinsen bringt, interessiert. Hierfür steht heute ein breites Angebot von anderen Anlagemöglichkeiten zur Verfügung, die dem kleinen Sparer mehr Sicherheit bei geringerem Risiko bieten als Gold.

Es bleibt der Vorwurf eines Wettbewerbsnachteils der deutschen Kreditinstitute beim Verkauf von Goldmünzen, weil bei einigen westeuropäischen Nachbarländern der Erwerb von Goldmünzen von der Umsatzsteuer befreit ist. Dieses Argument kann allerdings vom Finanzminister ernsthaft nicht akzeptiert werden. Denn die Sätze der Umsatzsteuer sind auch in der Europäischen Gemeinschaft noch keineswegs harmonisiert. Hinzu kommt, daß jetzt bereits bei uns Barrengold der Umsatzbesteuerung unterliegt, während andere Länder auch hier die Umsatzsteuerbefreiung einräumen. Daraus fordern ja auch einige Interessenten, Goldverkäufe grundsätzlich von der Umsatzsteuer freizustellen. Das macht die Absurdität dieser Forderung deutlich.

Die Mehrwertsteuer in unserem Land soll die steuerliche Gleichbehandlung aller vom Endverbraucher erworbenen Güter und Dienstleistungen sichern. Durch meine Entscheidung werden Goldmünzen jetzt so besteuert wie Brötchen, Eier und Milch. Mir ist damit die Frage zu beantworten, wieso das eigentlich unklug und unrichtig sei? (-/2.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Den Lebenswert der Städte erhalten

Forschungsprogramm "Kommunale Technologien" - ein Angebot an die Gemeinden

Von Dr. Volker Hauff MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Forschung und Technologie

Zahllose Versorgungs- und Verkehrsprobleme kennzeichnen die Situation unserer Gemeinden in den größeren Ballungszentren unseres Landes. Es ist höchste Zeit, den Lebenswert unserer Städte und Gemeinden zu erhalten und zu verbessern. Dies wird in den kommenden Jahren große Anstrengungen der Fachleute und Politiker, aber auch der Bürger selbst erfordern.

Bei einigen dieser Probleme können Wissenschaft und Technik uns einer Lösung näherbringen. Deswegen haben wir als Forschungsministerium zusammen mit dem Städtebauministerium ein Programm "Kommunale Technologien" erarbeitet. Mit diesem Programm sollen bessere Grundlagen für die Entwicklung und Gestaltung lebenswerter Gemeinden geschaffen werden. Vor allem soll das neue Forschungsprogramm die Gemeinden unterstützen, ihre Infrastruktur zu verbessern, die Investitionskosten möglichst zu senken, und hoffentlich die explodierenden Personalkosten der kommunalen Dienstleistungsunternehmen einzudämmen. Gemeindliche Investitionen können im Rahmen dieser Forschungsförderung allerdings nicht finanziert werden. Wir wollen die Suche nach praktischen Lösungsmöglichkeiten unterstützen, erleichtern und systematisieren.

Das neue Forschungsprogramm "Kommunale Technologien" mit einem Finanzvolumen von mehr als 650 Millionen DM für die nächsten vier Jahre konzentriert sich auf sechs Bereiche mit besonders dringenden Problemen.

Transport und Verkehr. Hier sollen zum Beispiel bedarfsgesteuerte Busse in ländlichen Regionen für eine kosten- und energiesparende be-

bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur sorgen. Kabinentaxis können im innerstädtischen Verkehr die Vorteile des Pkw mit den Vorteilen des öffentlichen Nahverkehrs verbinden, ohne ihre Nachteile zu übernehmen.

Energieversorgung. Künftig kann etwa bei der Stromerzeugung in den großen Kraftwerken die Abwärme in Form von Fernwärme genutzt werden. Durch eine solche Wärme-Kraft-Koppelung wird nicht nur Energie gespart, sondern auch die Umweltverschmutzung vermindert.

Bei der Ver- und Entsorgung geht es darum, Materialvergeudung auf der einen und Umweltbelastung auf der anderen Seite zu verringern. Es müssen verbesserte Abfallbeseitigungsverfahren entwickelt und der Anteil wiederverwertbarer Stoffe vergrößert werden.

Unfälle stellen in der Bundesrepublik die vierthäufigste Todesursache dar. Durch Unfälle sei es am Arbeitsplatz, im Haushalt, in der Freizeit oder im Straßenverkehr sterben jedes Jahr über 30.000 Menschen. Deswegen sind Unfallrettung und -vorsorge und eine bessere Sicherung vor den Gefahren technischer Anlagen und Einrichtungen ein Gebot der Stunde.

Information und Kommunikation spielen besonders im Dienstleistungsbereich eine herausragende Rolle. Mit Hilfe der Datenverarbeitung können arbeitsintensive und langwierige Verwaltungsvorgänge wie das Einwohnermeldewesen oder Grundbucheinträge automatisiert und damit vereinfacht werden. Eine neue Dimension der Kommunikation für die Bürger schafft auch das z. Z. in Kassel geplante Demonstrationsprojekt Kabelfernsehen.

Der sechste Bereich schließlich innerhalb des Forschungsprogramms "Kommunale Technologien" befaßt sich mit der Verbesserung der Bautechnik im Hochbau.

Ohne technische Neuentwicklungen dieser Art werden wir die immer dringender werdenden Probleme nicht lösen können. Allerdings sind sie auch kein Allheilmittel. Es kommt darauf an, die technische Entwicklung so zu steuern, daß die Humanität unserer Städte nicht niedergewalzt, sondern gestärkt wird. Wir wollen erreichen, daß das vorhandene technologische Wissen gezielt zum Nutzen der Bürger eingesetzt wird und der Lebenswert unserer Städte und Gemeinden erhalten bleibt. (-/2.2.1976/bgy/e/pr)

Die ideologische Vorhut der Union

Dregger fordert eine "Bewegung" für das Deutschland, das er meint

Zwei Wochen nachdem die baden-württembergische CDU in ihrer Wahlkampfplattform für die bevorstehende Landtagswahl im Südwesten die Devise ausgegeben hatte, es gehe um die Entscheidung "demokratischer Staat oder sozialistische Gesellschaft", verdeutlichte der Vorsitzende der hessischen CDU Dr. Alfred Dregger - schon aus Gründen der Hierarchie - den Sachverhalt: Bei der Bundestagswahl am 3. Oktober werden laut Dregger "die Weichen gestellt zwischen westlicher Freiheit und sozialistischer Unfreiheit" und zwar "für ganz Deutschland und ganz Europa".

"Mit Genugtuung" stellte Dregger auf dem Landesparteitag der hessischen CDU fest, daß er und sein Landesverband die "Vorhut" der Bundespartei geworden seien, und daß der Kurs der hessischen Christdemokraten allmählich Allgemeingut für die Gesamt-CDU werde. Nur konsequent für seine geistige Führerschaft, forderte er deshalb eine "Volksbewegung für die Union in Hessen und Deutschland". Was bei den betulichen Baden-Württemberger Filbinger zumindest noch von der ihm eigenen Larmoyanz etwas bemäntelt wird, tritt bei dem schneidigen Dregger eskaliert und unverhüllt zutage: die Entschlossenheit, die Union zu einer erzkonservativen Partei mit eindeutiger Rechtfertigung umzuformen.

Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl steht dieser nach Kräften von CSU-Chef Franz Josef Strauß unterstützten Entwicklung als eine ziemlich unglückliche Figur gegenüber. In diesem Zusammenhang muten seine Versuche, sich durch verbale Ausfälle gegen die SPD zu profilieren, eher mit-leiderregend an. Zu mehr als zum Mitläufer reicht es bei dem biederen Pfälzer selbst bei polemischen Exzessen nicht. Leute seines Schlages sind Demagogen, die "Bewegungen" ins Leben rufen, nicht gewachsen. Was Strauß in Stothofen nur negativ zu formulieren vermochte, versucht Dregger jetzt ideologisch positiv zu fassen: "Wer kein Leitbild jenseits von D-Mark und Pfennig anzubieten hat, hat ausgespielt." Und wo die Leitbilder zu suchen sind, bleibt nicht verborgen: "Die Bewältigung einer unrühmlichen Kurzvergangenheit - ich meine die von 1933 bis 1945, es gibt nämlich nicht nur eine zwölf-, sondern eine 1.200jährige deutsche Geschichte - hat diese Urkatastrophe der Politik vorübergehend verdecken können." Also zurück zu den 1.000jährigen Quellen, an denen man nur für die lächerliche Spinne von zwölf Jahren etwas ins Rutschen gekommen war...

Es bleibt jetzt abzuwarten, was jene Kräfte in der Union, für die der Begriff der demokratischen Volkspartei bisher nicht nur Wahlkampf-slogan war, auf die Kampferolen ihrer "Vorhut", den Mächtigern-Vätern einer "Volksbewegung", zu antworten haben. Ihr Schweigen wäre jedenfalls das Eingeständnis, daß die Dregger nicht nur die ideologische Vorhut der Union bilden, sondern auch bereits ihre Kommandostelle besetzt haben.

Claus Preller
(-/2.2.1976/bgy/s/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller